



Abgeordnetenhaus **BERLIN**

17. Wahlperiode

Plenar- und Ausschussdienst

Plenarprotokoll

51. Sitzung

Donnerstag, 3. Juli 2014

Inhalt	Seite	Inhalt	Seite
Ordnungsruf für Oliver Höfinghoff (PIRATEN) und Simon Kowalewski (PIRATEN)	5181	Staatssekretär Bernd Krömer	5197
Mitteilungen des Präsidenten und Geschäftliches	5181	Ulker Radziwill (SPD)	5198
Anträge auf Durchführung einer Aktuellen Stunde	5181	Staatssekretär Bernd Krömer	5198
1 Aktuelle Stunde	5181	Canan Bayram (GRÜNE)	5198
gemäß § 52 der Geschäftsordnung des Abgeordnetenhauses von Berlin		Staatssekretär Bernd Krömer	5198
„Bündnisse und Beschleunigungen: Koalition gibt Vollgas beim Wohnungsneubau“	5181	Amtshilfeersuchen des Bezirksstadtrats Panhoff	5198
(auf Antrag der Fraktion der SPD)		Kurt Wansner (CDU)	5198
Daniel Buchholz (SPD)	5181	Staatssekretär Bernd Krömer	5198
Steffen Zillich (LINKE)	5184	Kurt Wansner (CDU)	5198
Daniel Buchholz (SPD)	5184	Staatssekretär Bernd Krömer	5199
Andreas Otto (GRÜNE)	5184	Canan Bayram (GRÜNE)	5199
Matthias Brauner (CDU)	5186	Staatssekretär Bernd Krömer	5199
Andreas Otto (GRÜNE)	5189	Senatslinie zum Gasnetz	5199
Matthias Brauner (CDU)	5189	Michael Schäfer (GRÜNE)	5199
Katrin Lompscher (LINKE)	5190	Senator Dr. Ulrich Nußbaum	5199
Wolfram Prieß (PIRATEN)	5192	Michael Schäfer (GRÜNE)	5199
Bürgermeister Michael Müller	5194	Senator Dr. Ulrich Nußbaum	5199
2 Fragestunde	5197	Christopher Lauer (PIRATEN)	5200
gemäß § 51 der Geschäftsordnung des Abgeordnetenhauses von Berlin		Senator Thomas Heilmann	5200
Einigung zur Gerhart-Hauptmann-Schule	5197	Bleiberecht für Flüchtlinge aus der Gerhart-Hauptmann-Schule	5200
Ulker Radziwill (SPD)	5197	Hakan Taş (LINKE)	5200
		Staatssekretär Bernd Krömer	5200
		Hakan Taş (LINKE)	5201
		Staatssekretär Bernd Krömer	5201
		Canan Bayram (GRÜNE)	5201
		Staatssekretär Bernd Krömer	5201
		Interessenkonflikte einzelner Senatsmitglieder bei Entscheidungen	5201
		Dr. Simon Weiß (PIRATEN)	5201
		Regierender Bürgermeister	
		Klaus Wowereit	5201

5	„Demokratie ist die Regierung des Volkes durch das Volk für das Volk“ – mehr Demokratie auch in Berlin wagen (Gesetz zur Änderung des Abstimmungsgesetzes)	5264
	Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Drucksache 17/1742	
	Erste Lesung	
	Dirk Behrendt (GRÜNE)	5264
	Frank Zimmermann (SPD)	5266
	Dr. Klaus Lederer (LINKE)	5267
	Dirk Behrendt (GRÜNE)	5268
	Dr. Klaus Lederer (LINKE)	5268
	Christopher Lauer (PIRATEN)	5268
	Dr. Klaus Lederer (LINKE)	5268
	Sven Rissmann (CDU)	5268
	Dr. Simon Weiß (PIRATEN)	5269
	Sven Kohlmeier (SPD)	5270
	Dr. Simon Weiß (PIRATEN)	5270
	Sven Kohlmeier (SPD)	5270
	Dr. Simon Weiß (PIRATEN)	5270
	Ergebnis	5271

12	Berlin braucht endlich eine Gewaltschutzambulanz und Rechtsmedizinische Untersuchungsstelle zur Versorgung von kindlichen und erwachsenen Gewaltopfern – Voraussetzungen für eine anonyme Spurensicherung nach Sexualstraftaten schaffen	5271
	Beschlussempfehlung des Ausschusses für Verfassungs- und Rechtsangelegenheiten, Verbraucherschutz, Geschäftsordnung vom 11. Juni 2014 Drucksache 17/1715	
	zum Antrag der Piratenfraktion Drucksache 17/1161	
	Christopher Lauer (PIRATEN)	5271
	Dirk Behrendt (GRÜNE)	5272
	Christopher Lauer (PIRATEN)	5272
	Sven Kohlmeier (SPD)	5273
	Anja Kofbinger (GRÜNE)	5274
	Roman Simon (CDU)	5275
	Ergebnis	5276
	Beschlusstext	5282

15	Freier Zugang zu öffentlich-rechtlichen Inhalten	5276
	Beschlussempfehlung Ausschusses für Europa- und Bundesangelegenheiten, Medien vom 18. Juni 2014 Drucksache 17/1727	
	zum Antrag der Piratenfraktion Drucksache 17/0338	

in Verbindung mit

16	Öffentlich-rechtliches Telemedienangebot für Beitragszahlerinnen und Beitragszahler verbessern – Sieben-Tage-Frist abschaffen, barrierefreien Zugang ausbauen	5276
	Beschlussempfehlung Ausschusses für Europa- und Bundesangelegenheiten, Medien vom 18. Juni 2014 Drucksache 17/1728	
	zum Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der Fraktion Die Linke und der Piratenfraktion Drucksache 17/1566	
	Ergebnis	5276
	Beschlusstext	5282

16 A	Homer soll bleiben	5276
	Dringliche Beschlussempfehlung des Ausschusses für Bildung, Jugend und Familie vom 26. Juni 2014 Drucksache 17/1751	
	zum Antrag der Fraktion Die Linke, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Piratenfraktion Drucksache 17/1705	
	Ergebnis	5277
	Beschlusstext	5282

18	Zusammenstellung der vom Senat vorgelegten Rechtsverordnungen	5277
	Vorlage – zur Kenntnisnahme – gemäß Artikel 64 Absatz 3 der Verfassung von Berlin Drucksache 17/1734	
	Ergebnis	5277

21	Neuordnung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen gerecht und transparent gestalten	5277
	Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Drucksache 17/1718	
	Ergebnis	5277

27	Jeder und jedem eine Chance für Ausbildung und Beruf: Wenn Jugendberufsagentur, dann richtig!	5277
	Antrag der Fraktion Die Linke Drucksache 17/1724	
	Ergebnis	5277

Dr. Klaus Lederer (LINKE):

Ja, selbstverständlich!

Vizepräsident Andreas Gram:

Bitte!

Dirk Behrendt (GRÜNE):

Herr Kollege Lederer! Ich verstehe Sie ja sehr gut, aber mit wem haben Sie eigentlich hier im Haus den Antrag „Obligatorische Referenden bei Privatisierungen“ vorher besprochen, sogar einen verfassungsändernden Antrag, den Sie hier im Alleingang eingebracht haben? Mit wem haben Sie da vorher das Gespräch gesucht?

[Christopher Lauer (PIRATEN): Genau! Menno!
Ihr habt uns auch ein Förmchen geklaut! –
Zuruf von der CDU: Beim Parteitag!]

Dr. Klaus Lederer (LINKE):

Lieber Kollege Dr. Behrendt! Den Vorschlag haben wir damals eingebracht, weil es hier gar keine vorweggenommene Debatte gab.

[Zuruf von den GRÜNEN: Genau!]

Das ist ein bisschen anders als bei der Frage, wie wir mit der direkten Demokratie zukünftig umgehen wollen.

[Vereinzelter Beifall bei der LINKEN]

Da gibt es sogar Absprachen im Haus, und zwar zwischen den parlamentarischen Geschäftsführern und den Fraktionschefs.

[Christopher Lauer (PIRATEN): Ach so!]

Das hat die Grünen aber an der Stelle nicht interessiert. Ihr macht das jetzt einfach aus einem Grund: Ihr wollt wieder die Guten, die Ersten gewesen sein.

[Vereinzelter Beifall bei der SPD und den
PIRATEN]

Und die Frage, die ein bisschen riecht nach „Wer hat wem sein Förmchen weggenommen?“, ist auch eher politischer Kindergarten. Nehmen Sie es mir nicht übel, lieber Kollege Behrendt.

Vizepräsident Andreas Gram:

Kollege Lauer hat auch noch eine Zwischenfrage.

Dr. Klaus Lederer (LINKE):

Na klar, der Kollege Lauer hat auch noch eine Frage.

Christopher Lauer (PIRATEN):

Wenn wir hier gerade bei der historischen Antragsstellungsbewältigung sind, Herr Lederer, können Sie mich

als rechtspolitischer Sprecher Ihrer Fraktion auf den Stand bringen, was der Antrag der Grünen-Fraktion zum Transparenzgesetz, der auch so ein Schnellschuss war, im Moment macht, wie weit die Beratungen dazu sind?

Dr. Klaus Lederer (LINKE):

Wissen Sie, das ist schon so lange her, daran kann ich mich schon gar nicht mehr erinnern.

[Heiterkeit und Beifall bei der LINKEN –
Vereinzelter Beifall bei der SPD, der CDU
und den PIRATEN]

Aber es scheint den Grünen auch nicht besonders wichtig gewesen zu sein, das miteinander zu verhandeln.

[Beifall bei der LINKEN –
Vereinzelter Beifall bei der SPD, der CDU
und den PIRATEN]

Aber um es noch einmal deutlich zu machen: Man kann es auch anders tun. Man kann zum Beispiel wie es die Piraten gemacht haben, den Kolleginnen und Kollegen aller Fraktionen ein Positionspapier zuschicken und sagen, das sind unsere Position, was sind eure Positionen, lasst uns gemeinsam darüber reden.

[Vereinzelter Beifall bei den PIRATEN]

Ein solches Papier habe ich heute bekommen. Ich kann Ihnen, liebe Kolleginnen und Kollegen, zusichern, dass Sie von unserer Fraktion in den nächsten drei Wochen ein solches Positionspapier auch bekommen. Mir scheint das der bessere Weg zu sein. Das scheint mir der Weg zu sein, wo man zu gemeinsamer Verständigung kommt. Ich würde mich freuen, wenn wir alle wieder zum verabredeten Verfahren zurückkehren. Dann, glaube ich, gibt es eine größere Chance, dass wir gemeinsam Verfassung und Abstimmungsgesetz ändern als mit solchen Methoden. – Vielen Dank!

[Beifall bei der LINKEN –
Vereinzelter Beifall bei den PIRATEN –
Zurufe von Lars Oberg (SPD) und
Sven Kohlmeier (SPD)]

Vizepräsident Andreas Gram:

Vielen Dank! – Für die Fraktion der CDU hat jetzt das Wort der Kollege Rissmann!

[Zurufe]

Meine Herrschaften! Ich bitte jetzt die Aufmerksamkeit für Herrn Rissmann bereitzuhalten. – Bitte schön!

Sven Rissmann (CDU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Grünen in diesem Haus machen es möglich, dass der rechtspolitische Sprecher der CDU in weiten Teilen dem rechtspolitischen Sprecher der Linksfraktion recht geben kann. Das ist schon eine bemerkenswerte Leistung!

(Sven Rissmann)

[Heiterkeit und Beifall bei der CDU –
Vereinzelter Beifall bei der SPD und den PIRATEN –
Christopher Lauer (PIRATEN): Die Achse steht!

Wie in Moskau! –

Ramona Pop (GRÜNE): Neue Koalitionen!]

Aber, lieber Herr Lederer, wir kennen ja die Grünen. Im Rechtsausschuss ist das ja auch nicht anders. Sie wissen vieles besser, machen aber das meiste schlechter. Und das nach Tempelhof und unserer Ausschussreise in die Schweiz! Wahrscheinlich mussten die Grünen das intern bei sich rechtfertigen, dass sie in die Schweiz gefahren sind. Und die Gedankenspiele, die wir in der letzten Zeit medial begleitet haben, dass die Grünen irgendeinen Antrag auf den Tisch legen, der sich mit direkter Demokratie beschäftigt – das war ja zu erwarten.

Was ich jedoch überraschend fand, war dann die Überschrift „Demokratie ist die Regierung des Volkes durch das Volk für das Volk“. Sie werden sich erinnern, dass das vom US-amerikanischen Präsidenten Abraham Lincoln stammt.

[Lars Oberg (SPD): Echter Grüner!]

Der hat das am 19. November 1863

[Heidi Kosche (GRÜNE): Da war ich noch nicht da!]

anlässlich der Einweihung des Soldatenfriedhofs auf dem Schlachtfeld von Gettysburg gesagt und hat damit das demokratische Selbstverständnis der USA zusammengefasst. Lieber Dr. Behrendt! Geht es auch eine Nummer kleiner?

[Heiterkeit und Beifall bei der CDU und der SPD –
Dirk Behrendt (GRÜNE): Nö!]

In Gettysburg sind wir hier noch nicht, ganz so schlimm ist es hier noch nicht.

[Beifall bei der CDU und der SPD]

Ich will das hier gar nicht eskalieren. Es gibt gar keinen Grund dazu, weil, glaube ich, alle Fraktionen die Offenheit und die Bereitschaft haben, mein Kollege Zimmermann hat das formuliert, darüber nachzudenken, wie wir direkte Demokratie weiterentwickeln und wie wir auch eine Art Evaluation machen können, wie die bisherigen Instrumente ihre Anwendung finden. Aber wenn ich in Ihren Gesetzentwurf einsteige, und Sie haben es ja nun konkret versucht, dann kommt ein bisschen Ernüchterung, weil da ganz viel alter Wein in neuen Schläuchen ist oder eben Copy-Paste. Sie haben es freundlicherweise eingeräumt, dass Sie in Teilen, z. B. Nr. 1 und Nr. 2 Ihres Gesetzentwurfs, einfach aus der Hamburger Verfassung abgeschrieben haben.

Im Gegensatz zu Ihrer hiesigen Rede enthält Ihre Gesetzesbegründung aus meiner Sicht auch nicht die ausreichende Reflexion, dass die Berliner Regelung, die wir seit 2006 mit der Verfassungsänderung haben, im Großen und Ganzen auch viel Positives gebracht hat. Wir haben in Berlin mehr oder, glaube ich, genauso viele Volksbe-

gehren gehabt wie in allen anderen Bundesländern zusammen. Das ist nun eine große Erfolgsgeschichte. Das müsste man bei einer solchen Gelegenheit, wenn man sie nutzen will, Revue passieren lassen und auch einmal sagen. Wir denken, einiges ist sicher anzuschauen. Wir müssen z. B. die Unterschriftensammlung besser regeln, das haben Sie nur am Rande erwähnt. Wir müssen sicherstellen, dass die Unklarheiten und die Missbrauchsanfälligkeit in der Zukunft dort reduziert werden.

Mit der Schaffung plebiszitärer Elemente haben wir vor einigen Jahren Neuland betreten. In gewisser Weise ist das ein Experiment, das aus meiner Sicht anhält, wie man eine repräsentative Demokratie, für die ich nach wie vor eintrete, die ich als richtig empfinde, durch direktdemokratische Elemente bereichern und sie aber eben nicht abschaffen oder ersetzen kann. Das muss man regelmäßig überprüfen. Das sollten wir im Rahmen der Ausschussberatungen auch machen. Ich meine, dass insbesondere in diesem Zusammenhang in Ruhe zu diskutieren sein wird, wie Großprojekte, die unsere Stadt zweifelsohne braucht, machbar bleiben bzw. wieder machbar gemacht werden können. Die Einbindung der Betroffenen ist dort grundsätzlich und offenbar zwischen uns allen unstrittig. Den richtigen Weg zu finden, wie das im Detail gewinnbringend und gesellschaftlich befriedigend laufen kann, wird die große Herausforderung für uns sein. – Vielen Dank und einen schönen Abend!

[Beifall bei der CDU und der LINKEN –
Vereinzelter Beifall bei der SPD und den PIRATEN]

Vizepräsident Andreas Gram:

Vielen Dank ebenfalls, Kollege Rissmann! – Für die Piratenfraktion erteile ich jetzt dem Kollegen Dr. Weiß das Wort.

[Christopher Lauer (PIRATEN):
Deine letzte Rede heute!]

Dr. Simon Weiß (PIRATEN):

Vielen Dank! – Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir haben in Berlin und auch in diesem Haus eine Debatte über die direkte Demokratie und ihre Weiterentwicklungen, an der sich auch die Koalition und auch mit – zumindest angedeuteten – eigenen Vorschlägen offen beteiligt. Das ist erst einmal erfreulich. Alles, was es dazu anscheinend gebraucht hat, war ein erfolgreicher Volksentscheid, bei dem am Ende nicht das herausgekommen ist, was sich die Koalition erhofft hatte.

[Beifall bei den PIRATEN –
Beifall von Dr. Klaus Lederer (LINKE)]

Wobei man fairerweise sagen muss, dass das wohl niemandes von uns Idealvorstellung vom Ergebnis des Volksentscheides war. Wir sind auch oft dafür kritisiert worden, zumindest vonseiten der Koalition, dass wir am